



29. Januar 2020

Arbeit im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

spätestens seit der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke muss uns allen bewusst sein, **welchen Gefahren öffentliche Amts- und Mandatsträger durch die rechte Szene ausgesetzt sind.** Auch ehrenamtlich Aktive und Journalisten werden tagtäglich wegen ihres Einsatzes für Geflüchtete oder als Repräsentanten einer freien Presse mit Bedrohungen konfrontiert. Aus purer Verzweiflung hatte zuletzt der Bürgermeister von Kamp-Lintfort sogar einen Waffenschein beantragt.

Als das publik wurde, hat sich an diesem Beispiel eine bundesweite Debatte über die Sicherheit von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern entfacht. Immerhin hat die Landesregierung zwischenzeitlich eingesehen, dass der Bürgermeister von Kamp-Lintfort keine Waffe, sondern Personenschutz benötigt. Auf die Demonstrationen von Rechtsextremen vor dem WDR-Gebäude in Köln hat die Landesregierung indes nicht reagiert. Das war ein absolutes Armutszeugnis. **Denn schließlich müssen wir Demokraten uns den Angriffen auf unsere Werte und unser Zusammenleben geschlossen entgegenstellen.** In der aktuellen Stunde, die am Mittwoch stattfand, fordern wir landesweite Solidarität mit den bedrohten Stützen unserer Gesellschaft und fordern die Landesregierung zu entschiedenem Handeln auf.

Am Donnerstag unterrichtete die Landesregierung den Landtag und die Öffentlichkeit über die Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg. Gemäß dieser Einigung werden in den kommenden Jahren vor allem in NRW Kraftwerke Block für Block vom Netz genommen. **Der Verlust von Stromkapazitäten stellt das Land und die NRW-Wirtschaft vor große Herausforderungen. Bislang hat die Landesregierung aber jeden Plan vermissen lassen, wie sie auf diese Herausforderungen reagieren will.** Das, was wir wissen, beunruhigt uns eher: Denn den Erneuerbaren, insbesondere der Windenergie, hat sie unlängst den Kampf angesagt. Und auch für den Strukturwandel im Rheinischen Revier hat die Landesregierung kein Konzept. Diese Unterrichtung von Armin Laschet kann deshalb nur eine Bankrotterklärung werden.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Drucksache 17/8424

#FairGehtMehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen!

Die Digitalisierung prägt die kommunale Daseinsvorsorge immer mehr. Längst ist es das erklärte Ziel vieler Städte und Gemeinden, zu einer Smart City zu werden und kommunale Dienstleistungen digital miteinander zu vernetzen. Die Landesregierung unterstützt dabei zurzeit aber nur einige wenige Modellkommunen, darunter auch Gelsenkirchen. Viele andere bleiben aber auf der Strecke. Dabei brauchen besonders die kleinen Kommunen Unterstützung - zum Beispiel bei Verhandlungen mit Vertretern aus der Privatwirtschaft. Insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung des Datenschutzes dürfen Kommunen bei ihrem Weg zu einer Smart City nicht alleine gelassen und dem Markt ausgeliefert werden. In unserem Antrag fordern wir deshalb die Landesregierung u.a. dazu auf, die Kommunen flächendeckend bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Smart City-Strategien zu unterstützen.



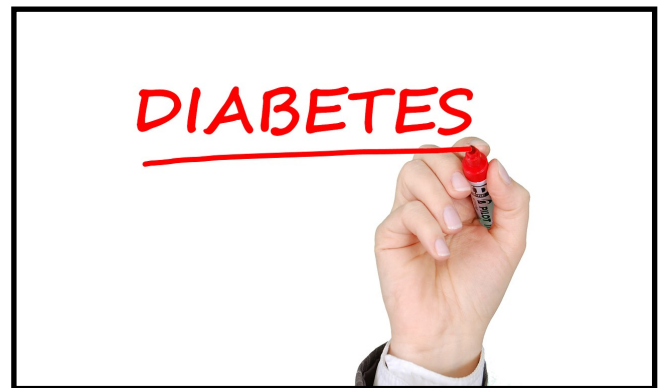
Urheber: www.pixabay.com / gerald

Drucksache 17/8423

Situation der Diabeteserkrankungen in NRW

In den vergangenen Jahren stieg die Zahl der an Diabetes erkrankten Menschen bundesweit stark an. Auch in NRW ist fast jeder Zehnte an Diabetes erkrankt. Dabei spielt die soziale Situation eine wichtige Rolle. Je niedriger der soziale Status, desto wahrscheinlicher ist es, einen Diabetes Typ-2 zu entwickeln. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrager der SPD-Landtagsfraktion zeigt einen großen Handlungsbedarf beim Thema „Volkskrankheit“ Diabetes mellitus.

Die Fraktionen von CDU und FDP wollen auf den Nationalen Diabetesplan warten. Wir sind der Auffassung, dass NRW als größtes Bundesland eine wichtige Vorbildfunktion einnimmt und bereits jetzt selbst aktiv werden muss.



Urheber: www.pixabay.com / turnisu

Drucksache 17/8340

Heike Gebhard empfängt Besuchergruppen der VHS Gelsenkirchen und der Deutschen Diabetes Hilfe

Passend zu einem zentralen Thema der Plenarwoche diskutierte Heike Gebhard mit einer Besuchergruppe der Deutschen Diabetes Hilfe NRW. Zur Sprache kam dabei die abwartende Haltung der Schwarz-Gelben Landesregierung. Einigkeit bestand in der Einschätzung der großen Potenziale bei der Diabetes-Prävention. Insbesondere an Schulen und in Kindertagesstätten könne viel erreicht werden, indem man Kindern frühzeitig Spaß an Bewegung und an ausgewogener Ernährung vermittele.



Urheber: Daniel Schlieffe



Urheber: Daniel Schlieffe

Ebenfalls zu Besuch im Landtag NRW war ein Kurs der Volkshochschule Gelsenkirchen. Neben einigen Themen aus dem Wahlkreis gab Heike Gebhard den Kursteilnehmenden einen persönlichen Einblick in die Arbeit als Landtagsabgeordnete zwischen Wahlkreis und Landespolitik.

Ausstellung des Landtags erreicht Gesamtschule Ückendorf

Mit der 1. Vizepräsidentin des Landtags Carina Gödecke, der 1. Bürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen Martina Rudowitz sowie dem Schulleiter der Gesamtschule Ückendorf Achim Elvert durfte Sebastian Watermeier die Ausstellung in der Aula der Gesamtschule eröffnen. In ihren Grußworten erinnerten die Rednerinnen und Redner, dass die Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern die Demokratie von uns Demokratinnen und Demokraten gebraucht wird. In der anschließenden Fragerunde dominierte ein Thema die Runde - nämlich das Thema Nachhaltigkeit. Wie nachhaltig leben Sie? Wieso sind Fairtrade-Siegel so wichtig? Diese und weitere Fragestellung wurden an die anwesenden Politiker gestellt. Sebastian Watermeier bedauerte, dass es in seiner Schulzeit leider keine Wanderausstellung hinsichtlich der Arbeit des Landtages gab, umso mehr habe er sich gefreut, dass die Wanderausstellung ihren ersten Halt im neuen Jahr in Gelsenkirchen an der Gesamtschule Ückendorf macht. Für rund zwei Wochen wird die Ausstellung in der Aula der Gesamtschule verbleiben. Herr Elvert hat bereits andere Schulen kontaktiert und sie eingeladen die Ausstellung besuchen zu kommen. Die Distanz nach Ückendorf ist sicherlich kürzer als zum Düsseldorfer Landtag - auch wenn der Landtagsabgeordnete sich immer über Besuchergruppen freue und auch die GSÜ ihn schon dort besucht hat. Den Schülerinnen und Schülern wünscht er viel Vergnügen beim Kennenlernen der Ausstellung und möglichst viele neue Erkenntnisse über den Landtag.



Urheber: Gianluca Bruno



Urheber: Gianluca Bruno

Sebastian Watermeier bedauerte, dass es in seiner Schulzeit leider keine Wanderausstellung hinsichtlich der Arbeit des Landtages gab, umso mehr habe er sich gefreut, dass die Wanderausstellung ihren ersten Halt im neuen Jahr in Gelsenkirchen an der Gesamtschule Ückendorf macht. Für rund zwei Wochen wird die Ausstellung in der Aula der Gesamtschule verbleiben. Herr Elvert hat bereits andere Schulen kontaktiert und sie eingeladen die Ausstellung besuchen zu kommen. Die Distanz nach Ückendorf ist sicherlich kürzer als zum Düsseldorfer Landtag - auch wenn der Landtagsabgeordnete sich immer über Besuchergruppen freue und auch die GSÜ ihn schon dort besucht hat. Den Schülerinnen und Schülern wünscht er viel Vergnügen beim Kennenlernen der Ausstellung und möglichst viele neue Erkenntnisse über den Landtag.

Der Monat der Neujahrsempfänge—positive Neuigkeiten von Kerstin Griese beim Empfang des Sozialverbands VdK NRW

Wie in jedem Jahr standen auch im Januar 2020 wieder einige Neujahrsempfänge auf dem Programm. Den obligatorischen Auftakt bildeten die Veranstaltung des DGB Emscher-Lippe in der Stadthalle in Gladbeck sowie der seit Jahrzehnten traditionelle Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins Horst-Nord in der Bierstube des AWO-Seniorenzentrums in Horst.

Gemeinsam mit dem zuständigen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Josef Neumann besuchte Heike Gebhard in ihrer Funktion als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Neujahrsempfang des Sozialverbands VdK Nordrhein-Westfalen.



Urheber: privat

In seiner Rede vor rund 120 Gästen setzte der Landesvorsitzende Horst Vöge auf die Themen Wohnen, Pflege und Renten. Wenn die Entwicklung so weitergehe, würden bis 2030 rund 37 Prozent des geförderten Wohnraums aus der Sozialbindung fallen. Um dem Mietwahnsinn entgegenzuwirken, müsse das Land unbedingt weitere Mittel zur Verfügung stellen. Wohnungspolitik sei Sozialpolitik. Der wachsenden Altersarmut müsse darüber hinaus mit einer verlässlichen Rente für alle begegnet werden. Ein weiterer wichtiger Faktor seien die in NRW überdurchschnittlich hohen Zuzahlungen für Heimunterbringungen. Für Kinder von Pflegebedürftigen stellt dies ebenfalls ein Problem dar. Die Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, verkündete in diesem Zusammenhang am Rande der Veranstaltung eine positive Nachricht: Familienangehörige von pflegebedürftigen Menschen werden jetzt entlastet. Erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro müssen sie sich an den Pflegeheimkosten beteiligen.

Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier